

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatl. Einzelne Ausg. 30 Pf.  
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postgeschäftsamt Dresden Nr. 2486.



Auffälligkeiten: Die 32 mm breite Grundzeile über deren Raum im Ankündigungsteil 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M.  
unter Gingeband 6 M. Erhöhung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Beihangblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß  
der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsjahre von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Überleitung (und vorhergehenden Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voeges in Dresden.

Nr. 303

Freitag, 30. Dezember

1921

Dresden, 29. Dezember.

## Die Regierung und die Steuervorlagen.

(Eigene Redaktion.)

Wie wir zuverlässig hören, wird Dr. Wirth einige Tage vor Wiedergesammtkrikt des Reichstags die Führer der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und auch der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung einladen, um ihnen nahezulegen, sich über ein Kompromiß über die Steuervorlagen zu einigen. Es wird dabei auch auf die schwierige außenpolitische Lage und darauf hinweisen, daß die ganze Politik der Regierung in letzter Zeit von dem Gesichtspunkt ausgegangen sei, daß eine Balancierung des Staats durch die Steuern erfolgen werde. Wenn es auch nicht gelingt, bis zur Steuerberatung die große Koalition zu schaffen, so ist der Reichskanzler doch davon überzeugt, daß es ihm gelingen werde, die genannten Parteien zu einem Kompromiß in der Steuerangelegenheit zu bewegen zu können.

## Die Reparationslast.

Französische Blätter teilen mit, daß die Reparationskommission sich mit einem angeblichen Verzug Deutschlands in der Lieferung von Kohle beschäftigt habe. Die regelmäßige Lieferung von 15 000 Tonnen pro Tag sei seit dem 15. Dezember auf 9 bis 10 000 Tonnen zurückgegangen. Die Meldung spricht von einer dritten Verschärfung Deutschlands, die hierdurch festgestellt werde. Die erste Verschärfung datiert vom Juni 1920 vor der Konferenz von Spa, die zweite geht auf den Monat März 1921 zurück, als die deutsche Regierung die erste Milliarde Goldmark, die auf Grund des Versailler Vertrages als Abzahlungszahlung der Summe von 12 Milliarden verlangt wurde, nicht bezahlt habe. Das "Echo de Paris" fügt der Nachricht hinzu, es sei am abgelaufenen Montagabend der Konferenz von Cannes den schlechten Willen Deutschlands noch einmal scheinlich festzustellen.

Von unterrichteter Seite wird hierzu folgendes bemerkenswert:

Im Verlauf des Endes November einsetzenden starken Frostes sind bekanntlich erhebliche Schäden in der Wagengestellung im Innenrevier eingetreten, die zu einem ungewöhnlichen Anwachsen der Waldentnahmen und zu außerordentlichen Erschwerungen der laufenden Kohlenversorgung auch des Inlandes geführt haben. Hiermit längen auch die Trag des Weltmarktsverkehrs in einigen Bezirken getroffenen Einschränkungen des Personenverkehrs zusammen. Die Rückwirkung dieser lediglich durch höhere Gewalt herbeigeführten Verhältnisse auf die Pflichtschleifereiungen an die Alliierten konnte nicht ausbleiben. Es mußte davon auch die auf Wunsch der französischen Industrie seit dem Herbst in verstärktem Maße angeforderten Kohlfreizeitungen betroffen werden. Die tatsächlichen Kohlfreizeitungen seit dem 15. Dezember erreichen jedoch fast 12 000 t neben rund 30 000 t Kohle täglich. Die zuständigen Reichsministerien haben sofort eingegriffen. Die getroffenen Maßnahmen: Zurückstellung anderer Lieferungen auf die Gesetze von Arbeitseinschlüsse in der heimischen Industrie, Befreiung von Transportmitteln, Feiertagsarbeit usw. haben noch den heute vorliegenden Meldungen den Erfolg gehabt, daß das Lieferziel an Kohle im Durchschnitt des 25., 26. und 27. Dezember voll erreicht worden ist. Am 27. Dezember sind nicht weniger als 43 792 t Kohle verladen worden. Die Reparationskommission ist durch die Deutsche Kriegslosenkommision über die Bemühungen der Deutschen Regierung, die vorliegenden Schwierigkeiten zu überwinden, fortlaufend unterrichtet worden. Es wird überdies Gelegenheit sein, bei den für den 3. Januar in Aussicht genommenen Verhandlungen über die weiteren Lieferprogramme und über die Ausfuhrfrage noch etwa von der Reparationskommission gewünschte Ausführungen zu geben. Die Versuche, eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage, um die sich gegenwärtig alle beteiligten Mächte bemühen, nach dem Vorbild von Spa durch Schaffung von Schwierigkeiten in der Kohlenfrage zu föhren, dürfen daher ohne Erfolg bleiben. Von Deutschland sind auch die beiden ersten angekündigten Verschärfungen niemals anerkannt worden.

## Das Hilfswerk der Landwirtschaft

Der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, v. Braun, Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates, nimmt zur Frage des Hilfswerkes der deutschen Landwirtschaft in den nachfolgenden Ausführungen Stellung:

Schon während des Krieges und vor allem nach unserer politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch wurde die landwirtschaftliche Produktionssteigerung als wichtigste Maßnahme von allen Kreisen der Landwirtschaft erkannt und gefordert. Der Durchführung eines wirklich großzügigen Produktionsprogramms stand bisher eine so weitgehende Verständnislosigkeit aller nichtlandwirtschaftlichen Kreise, einschließlich der maßgebenden Stellen, gegenüber, daß wir untätig zusehen mußten, wie unsere gesamte Volkswirtschaft und unsere Staatsfinanzen durch eine mit Golddeutzen abgedeckende Lebensmittelinsuffizienz immer tiefer in eine positive Bilanz hineintrieben. Die Verhältnisse liegen heute im Vergleich zur Vorzeitigkeit erheblich ungünstiger. Weite landwirtschaftliche Überproduktionen haben wir verloren, gleichzeitig eine erhebliche Einbuße in der allgemeinen Ertragshöchstigkeit der Böden und der Viehhäfen erlitten. Die Aufschwung der drückendsten Erzeugnissstiefeln hat hieran nur wenig zu ändern vermocht. Das nur sehr durchschnittlich befriedigende Ertragsergebnis steht uns einer Erhöhungslösung mit zunehmender Schnelligkeit entgegen. Ich hoffe daher, daß man auch in den Kreisen des Konsumanten Bereichs gewinnen wird für das Hilfswerk der Landwirtschaft. Auf der einen Seite bedeutet es die erhebliche Herabminderung der Abhängigkeit der Volkswirtschaft und unserer Staatsfinanzen vom Goldbestand und einer Erhöhungslösung mit zunehmender Schnelligkeit entgegen. Ich hoffe daher, daß man auch in den Kreisen des Konsumanten Bereichs gewinnen wird für das Hilfswerk der Landwirtschaft.

Auf der anderen Seite bedeutet es die erhebliche Herabminderung der Abhängigkeit der Landwirtschaft und unserer Staatsfinanzen vom Goldbestand und einer Erhöhungslösung mit zunehmender Schnelligkeit entgegen. Ich hoffe daher, daß man auch in den Kreisen des Konsumanten Bereichs gewinnen wird für das Hilfswerk der Landwirtschaft. Auf der einen Seite bedeutet es die erhebliche Herabminderung der Abhängigkeit der Volkswirtschaft und unserer Staatsfinanzen vom Goldbestand und einer Erhöhungslösung mit zunehmender Schnelligkeit entgegen. Ich hoffe daher, daß man auch in den Kreisen des Konsumanten Bereichs gewinnen wird für das Hilfswerk der Landwirtschaft.

Warum tritt die Landwirtschaft gerade in diesem Augenblick an die Öffentlichkeit? Die außenpolitische Entwicklung und das Schwanken unserer Valuta hat uns einer völligen politischen und wirtschaftlichen Isolation nahegebracht, ohne daß die Öffentlichkeit dies heute noch in vollem Umfang verstanden hat, und wie sie schlimmer die Kriegsblockade nicht mit sich bringen konnte. Das furchtbare Wort von den zwanzig Millionen Menschen zu viel im Herzen Europas könnte endgültige Wirklichkeit werden. Mit letzter Kraft versuchten wir, die unmöglichsten Entschädigungsforderungen zu erfüllen. Zur Abwendung der Goldschuld wurden sogar die Lebensmittelkredite herangezogen. Für die Führer der deutschen Landwirtschaft war dies ein Sturzmeilenstein. Seit diesen Tagen ist unabhängig von den in der Öffentlichkeit herumwirrenden Gerüchten von Anleiheplänen und -Aktionen von uns gearbeitet worden, und als es sich zeigte, daß uns das Wasser an der Kehle stand und uns nur

Bon einer dritten Verschärfung kann somit weder sachlich noch formell die Rede sein.

Es liegt noch die folgende Pariser Meldung vor:

Paris, 29. Dezember. Wie "Liberté" erfährt, hat die Reparationskommission sich in ihrer gestrigen Sitzung nicht mit der Frage der deutschen Kohlfreizeitungen beschäftigt. Über diese Frage wird erst in einer späteren Sitzung beraten werden.

## Die Wiederanrichtung des Handels in Russland.

Paris, 29. Dezember. Über den Zweck der morgen beginnenden Beratungen der alliierten Sachverständigen aus Handels-, Industrie- und Finanzkreisen schreibt der "Matin": Es handelt sich um die Schaffung eines Konsortiums zur Wiederaufzucht des Handels in Russland. Es sei ein reines Privatunternehmen. Die Regierungen würden sich begnügen, das Unternehmen zu ermutigen und zu kontrollieren. Es würden aber keine Staatsgelder dafür aufgewendet werden. Die Amerikaner sollen ausgesondert werden, an dem Unternehmen, das sich nicht allein auf Ausland beschränkt, sondern alle Fragen bearbeiten werde, die Mittelrepublik betreffen, teilnehmen. Auch

noch die Hoffnung auf unsere eigene Leistung blieb, waren wir mit unseren Vorbereitungen fertig.

Was bedeutet die Produktionssteigerung für die Landwirtschaft?

In erster Linie handelt es sich um die Beschaffung der gewaltigen Kredite, die wir zu diesem Werke benötigen; wir nehmen ferner das große Risiko auf uns, welches in der Ungewissheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und in der schwierigen innen- und außenpolitischen Gesamtlage liegt. Wir bedürfen dazu der weitreichenden Unterstützung der seitens der Reichsregierung und der übrigen Vertriebsstände. Wir halten neue gesetzliche Grundlagen für die Wohlseinheit unserer Selbstverwaltung und für die Kreditbeschaffung für notwendig. Wir brauchen die weitreichende Unterstützung der Industrie in bezug auf Versorgung mit Düngemitteln, Vermehrung und Verbesserung der Maschinenausbauung, Ruhmernachfrage aller technischen Errungenschaften. Verhandlungen sind in dieser Hinsicht schon in Gang. In der Beschaffung des Kunstdüngers sind wir von der Leistungsfähigkeit der betreffenden Industrien abhängig, ebenso in dem sehr ausdrucksvollen Bereich von Maschinen. Vor allem aber bedürfen wir der ehrlichen Zustimmung aller Volksträger, um der deutschen Landwirtschaft die Arbeitsfreude zu erhalten.

Welche sofort wirkenden Eingriffnahmen sind von der Landwirtschaft ins Auge gefaßt?

Die zunächst zu ergreifenden Maßnahmen liegen in der Richtung von Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Anwendung der Selbstverwaltungsbefreiung und die Bildung einer Kreditgemeinschaft. Die landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsbüroen werden jedoch für ihre Zwecke in möglichst weitgehender Dezentralisation, wie es bereits jetzt in einzelnen Landesstellen in Angriff genommen worden ist, die rationelle Düngerverwertung, Saatgutauswahl, Schädlingsbekämpfung und eine Reihe weiterer technischer Maßnahmen einzuleiten haben. Im übrigen schwaben Verhandlungen über die Verbilligung und Erleichterung der Nahrungsmittelversorgung. Aus dem Gang des bisherigen Verhandlungen und privaten Gesprächen mit Vertretern der Vertriebsstände und der Regierung habe ich den Eindruck gewonnen, daß heute, wenigstens in der Theorie, volles Verständnis für die Bedeutung des Hilfswerks besteht. Die heutige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft ist infolge der Anwendung ihrer Betriebsmittel und der Auszehrung des Bodens lediglich eine Schramme. Allein für 20 Milliarden müssen wir mehr als bisher an Düngemitteln in den Boden hineinfüttern. Die deutsche Landwirtschaft muß mit allem Nachdruck die Förderung auf eine rein sachliche wirtschaftspolitisch geführte Diskussion der Vertriebsstände unter sich und auf eine Unterstützung durch die Gen zusammentreten wird. An dieser Konferenz wird jedenfalls auch Russland teilnehmen.

Den Deutschen wird die Beteiligung gleich den anderen Großstaaten angeboten werden, jedoch unter der Bedingung, daß die Hälfte des deutschen Budgets zu Reparationszahlungen verwendet wird. Diese Konferenz und dieses Konsortium mit Privatkapital habe nichts zu tun mit der internationalen Konferenz zur Gründung der Wechselseite, die anfangs Februar vermutlich in Gen zusammenentreten wird. An dieser Konferenz wird jedenfalls auch Russland teilnehmen.

## Die Unruhen in Ägypten.

London, 29. Dezember. Neuer berichtet über die Lage in Ägypten: In Suez ist bekanntgegeben worden, daß Flugzeuge auf Anzündungen Rauchbomber werfen würden. Wenn die Deutschen sich dann nicht zerstreuen würden, würden die Flugzeuge Granaten abwerfen und mit Maschinengewehren feuern. Der Postdienst ist wegen der gegenwärtigen Lage auf Kairo beschränkt worden. Die "Egyptian Gazette" und das Blatt "Mataieli" sind verboten worden. Der Unterrichtsminister hat alle Regierungsschulen geschlossen.

## Das neue Sachsen.

Von Wilhelm Bud, sächsischer Ministerpräsident.

In der heutigen Morgenausgabe des "Berliner Tageblatts" veröffentlicht der hr. Ministerpräsident Bud einen fehlenden Aufsatz mit dem Titel "Das neue Sachsen". Wir geben ihn nachfolgend im Wortlaut wieder. D. Schrift.

Unter den deutschen Freistaaten ist wohl keiner, der so wie das industrielle Sachsen nach dem Zusammenbruch des alten Deutschland erschüttert und wirtschaftlich am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurde. Auf einem Gebiet von rund 15 000 qkm wohnen 1910 4 800 661 Menschen, von denen nur 11,9 Proz. der erwerbstätigen Bewohner in der Landwirtschaft tätig sind gegen 56,3 Proz. in Industrie und Gewerbe, 13 Proz. in Handel und Vertrieb, 5,6 Proz. als Beamte und freie Berufe. Dazu kommen noch 13,2 Proz. Rentner, Invaliden, Verlustlöser usw. Aus diesen Zahlen ergibt sich die Struktur des Bundes und erläutert sich die Schwierigkeiten, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit kaum zu meistern waren.

Sachsens wirtschaftliche Industrie war zum größten Teil auf den Export eingestellt, alle Betriebsgruppen sind davon betroffen. Die nach dem Zusammenbruch eintretende Arbeitslosigkeit hatte in Sachsen, das nur 7,8 Proz. der deutschen Bevölkerung zählt, bis zu 30 Proz. der im Frühjahr 1920 in Deutschland gezählten Arbeitslosen erreicht, daß die Ernährungsschwierigkeiten, die sich aus der Beziehung zur Gesamtbevölkerung geringen landwirtschaftlichen Nutzfläche erläutern, haben für die Staatsregierung und die Gemeinden Belastungen und Arbeiten ergeben, die nur durch aufopfernde Tätigkeit aller in der öffentlichen Verwaltung Wirkenden getragen werden konnten.

Die von den vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenräten Sachsen am 14. November 1918 berufenen sechs Volksbeauftragten übernahmen am 15. November von den früheren Ministern die Regierungsgeschäfte. Durch die Übernahme dieses Amtes haben die Volksbeauftragten das Vertrauen gegeben, den Versuch zu machen, das treibende Werk des Staates durch die Bogen der Erregung und durch die Klippen der Leidenschaften hindurchzuführen, die Aufräumungsarbeiten vorzunehmen und den Aufbau des neuwerdenden Staates vorzubereiten.

Am 2. Februar 1919 wurde die Volkskammer für den Freistaat Sachsen gewählt. 42 Sozialdemokraten, 22 Demokraten, 15 unabkömmlinge Sozialisten, 13 Deutschnationale und 4 Deutsche Volkswirte zogen in das erste Parlament der Republik ein. In 154 Sitzungen hat die Volkskammer bis zum 28. Oktober 1920 ihre Aufgaben erledigt, unter diesen als vornehmste die Schaffung einer Verfassung und eines Landeswahlgesetzes. Die Verfassung wurde nach unerwarteten Änderungen des Regierungsentwurfes in der 152. Sitzung am 26. Oktober einstimmig angenommen. Am 14. November 1920 fanden die Wahlen zum Landtag nach dem ebenfalls einstimmig angenommenen Landtagswahlgesetz statt, die ein anderes Resultat als die noch unter dem frischen Eindruck der Kriegszeitenden und des Zusammenbruchs erfolgten Volkskammerwahlen ergaben. 27 Sozialdemokraten, 20 Deutschnationale, 18 Deutsche Volkspartei, 13 unabkömmlinge Sozialisten, 9 Kommunisten, 8 Demokraten und ein Zentrumsmann wurden 1920 gewählt, ein Resultat, das den Politiken nicht überraschte.

Bei den Volkskammerwahlen 1919 hatten Hunderttausende von politisch ungeschulten Wählern sozialistisch und demokatisch gewählt in der Erwartung, daß es nunmehr gelingen werde, in kurzer Zeit den durch den Krieg erzeugten gewaltigen Verlust an wirtschaftlichen und moralischen Werten auszugleichen, eine Erneuerung, die naturgemäß nicht in Erfüllung gehen konnte. In Deutschland sind über vier Jahre lang 11 Millionen Männer zum Kriegsdienst eingezogen, 7 Millionen Männer und Frauen waren dieselbe Zeit in der Kriegsindustrie beschäftigt, der Verlust der produktiven Tätigkeit von 18 Millionen Menschen in vier Jahren, das gewaltige Minus an Werten kann nur in Jahrzehntelanger, mühevoller gemeinsamer Arbeit aufgeglichen werden, nicht in Monaten oder ein bis zwei Jahren. Die nicht nur in Sachsen vor-

handenen politischen Analphabeten lassen sich durch demagogische Versprechungen, durch Hass und Feind beeinflussen, ein klares Urteil über Ursache und Wirkung der durch den Krieg erzeugten Elendseit ist ihnen nicht eingeräumt und darum die Lustsucht eines Teiles der sächsischen Mönche im Jahre 1920 zu den politischen Extremen.

Seit Dezember 1920 hat Sachsen eine aus 4 Mehrheitssozialdemokraten und 3 Unabhängigen gebildete Regierung, die einen schwierigeren Stand als die bis dahin arbeitende Koalitionsregierung von 5 Sozialdemokraten und 2 Demokraten dem Landtag gegenüber hat, weil die Gründer dieser Regierung im Parlament nur die 49 Abgeordneten der sozialistisch-kommunistischen Linken sind, der 47 Vertreter der vier bürgerlichen Parteien in allen politisch-prinzipiellen Fragen gegenüberstehen.

Bemüht und gewollt ist der Regierung und den Innenminnen, dazu noch keineswegs aus einem einheitlichen Geiste gebildeten Landtagmajorität der schärfste Kampf angezeigt, der erträglich und erträglich ist, solange nur soziale Meinungsverschiedenheiten selbst mit Leidenschaftlichkeit verfolgt werden, der aber zur rücksichtslosen Abwehr drängt, wenn, wie dies von rechts und links geschehen, Pflichtgefühl und Verantwortungsbewusstsein des Minister in Zweifel gezogen werden.

Die finanzielle Lage Sachsen ist nicht günstig, keineswegs aber, wie dies von den Vordenern der Republik dargestellt wird, schlecht. So weit es die unsicheren Geldverhältnisse gestatten, ist der Haushaltplan wohlgeordnet. Für 1921 ist Einnahme und Ausgabe im vorläufigen Haushaltplan mit 2 147 595 000 R. etabliert. Für werbende Anlagen sind große Posten im außerordentlichen Haushaltplan eingesetzt. In den Staatsforsten, den staatlichen Kohlenwerken, den Staatsgütern, den Elektrizität- und Betriebsunternehmungen, der Porzellanmanufaktur usw. sind an nähernd 14 000 Arbeiter beschäftigt. In Verwaltung und Justiz arbeiten 17 000 Beamte und Angestellte, in den Volksschulen, höheren Lehranstalten und Hochschulen wirken 16 000 Lehrkräfte, etwa 9000 Polizei- und Gendarmeriebeamte sind bei den staatlichen und kommunalen Polizeiverwaltungen. Der Freistaat Sachsen ist in wirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Beziehung ein präziser, seingegliedeter Mechanismus, den gut und gangbar zu erhalten die sozialistische Regierung im Verein mit einer gutgeschulten und pflichtbewussten Beamten- und Arbeiterschaft als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet.

Eine solche Tätigkeit, von einem Parlament beeinflusst und von Männern geleitet, die sozialdemokratisch denken und handeln, findet natürlich nicht die Zustimmung und Unterstützung politisch anders orientierter Kreise. Daher die Schwierigkeiten bei dem Neubau der wirtschaftlichen Beziehungen und der Auswidlung auf die soziale Wiederherstellung der dichtgedrängten sächsischen Bevölkerung. Innerhalb des Rahmens der Reichsverfassung, der jüdischen Verfassung und der auch und als Mitgliedstaat des Deutschen Reiches schwer belastenden Bestimmungen des Berliner Vertrags und des Donau-Donaudonau-Umlaufs weiter im oben angegebenen Sinne zu arbeiten, ist das Gebot der Gegenwart für die soziale Regierung.

Wenn die deutsche Republik mit Ihnen dann noch bestehenden oder in einem Einheitsstaat aufgegangenen Mitgliedern auf Jahrzehnte zurückblühen kann, werden unsere Nachkommen den Willen zur Tat und die langsam reisenden Folgen der ausgestreuten Saat einer neuen Zeit-

der Geburtsstunden eines verdündenden humanen Beinhalters festzuhende Gegenwart.

### Das Reparationsproblem.

Wie wir gestern bereits kurz mitteilen konnten, wird Staatssekretär Dr. Hilscher heute vor der Reparationskommission erscheinen werden. Er wird nicht nur in der Lage sein, die Fragen der Kommission, die in der Note vom 14. Dezember an die Regierung gestellt wurden, zu beantworten,

sondern auch Vorschläge dahingehend zu machen,

welche Summen Deutschland am 15. Januar und

15. Februar n. J. zu zahlen in der Lage ist, und

welche Teilbezüge es gefordert haben will. Die

Frage der Stundung war bisher noch nicht ge-

nannt worden. Der deutsche Bevölkerung wird

die Frage im Einverständnis mit der Reparations-

kommission festgestellt werden und hat hierin weit-

gehende Vollmachten erhalten. Überhaupt ver-

fügt er über Vollmachten, die es ihm ermög-

lichen, auf alle Fälle ein Einvernehmen mit der

Reparationskommission zu erzielen. Das würde

auch die Ursache dafür gewesen sein, daß die Re-

gierung davon abjährt, die Anfrage der Repara-

tionskommission durch eine direkte Note zu be-

antworten. Die Regierung vertritt die Auffassung,

dß es wohl bei mündlichen Verhandlungen

leichter möglich sein wird, Meinungsverschieden-

heiten und Mierverständnisse nicht auszumessen zu

lassen. Und da der deutsche Vertreter über ge-

nügend viele Vollmachten verfügt, ist er in der Lage,

sich der Aussöhnung der Reparationskommission

legends Endes zu unterwerfen und so wenigstens

kleine Vorteile herauszuholen. Von Be-

deutung ist, daß die deutsche Regie-

rung die Frage der Reparationskommission,

welche Sicherheit sie für die geforderten Be-

träge zu geben vermag, nicht mit tatsächlichen

Unterlagen beantworten kann, sondern sich in

diesem Falle gewogen sieht, darauf hinzuweisen,

dß ja das deutsche Staatsamt jetzt bereit ist

als Sicherheit für die übernommenen Reparations-

verpflichtungen gilt. Staatssekretär Hilscher hat

dagegen den Auftrag erhalten, auf die Bemühungen

der deutschen Regierung hinzuweisen, die Unter-

bilanz der großen Staatsbetriebe zu beseitigen

und durch Steuern die Balancierung des Staats

zu ermöglichen. Die weiter andauernenden Be-

richtungen der Regierung, die gestern wieder stat-

fanden, haben nichts wesentlich Neues ergeben.

Sie behandelten nur die Reparationsfrage als

solche und suchten nach einem Ausweg, falls es

nicht gelingen sollte, die Reparationskommission zu

einem Einigegomen zu bewegen. Aus der

Tatfrage aber, daß die Reparationskommission be-

steht in einem deutschen Unterhändler anzuhören,

schließt man in Regierungskreisen, daß es möglich

sein wird, die Reparationskommission zur Stundung

eines großen Teilbezuges der Januar- und Februar-

rate zu bewegen.

Dr. Rathenau hat sich auf Wunsch der Re-

gierung gestern noch Paris begeben, um dem

Staatssekretär Hilscher gegebenenfalls mit Auskünften

und Ratshilfen zur Hand zu sein. Offizieller

Charakter hat sein Pariser Besuch nicht.

Auch der Chef des Berliner Garantiekomitees

Hagenau ist von der Reparationskommission nach

Paris berufen worden und gestern dorthin abgetreten.

Der "Intransigent" glaubt zu wissen, daß

die in London getroffenen Abmachungen zwischen

England und Lloyd George in Cannes wieder rück-

gängig gemacht werden. Die Belgier hätten gegen

den Besluß protestiert, wonach Deutschland 1922

nur 500 Millionen anstatt drei Milliarden Gold-

mark zu zahlen hätte. Sie würden vorschlagen, daß Deutschland im nächsten Jahre zwei Milliarden Goldmark zahlen soll, die es den im Auslande liegenden Deutschen zu entnehmen hätte. Was die beabsichtigte Revision des internationalen Finanzabkommen vom 3. August andeckt, so habe sich in der Reparationskommission Widerstand dagegen erhoben, und da die Beschlüsse dieser Kommission die Zustimmigkeit erforderte, so erscheine es gewiß, daß die Revision nicht vorgenommen werden könne.

Die Vorbereitungen der verbündeten Sachverständigen für Industrie und Finanz, die morgen beginnen, werden von Douchet geleitet werden. Der "Tempo" nennt als Aufgabe dieser Sachverständigenkonferenz: „die Ausarbeitung eines Programms für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas“. Die französische Delegation wird die Verlegung der mittelwesteuropäischen und der russischen Frage für später anstrengen und zunächst nur Vorschläge für die Sanierung der Finanzen Deutschlands unterbreiten. Von unterster Seite wird bestätigt, daß die Deutschen nicht die französischen Sachverständigen bei aller Einsichtlichkeit, mit der die Bekämpfung der angeblichen Sabotierungskommandos gewisser Schwerindustrieller und auch amtlicher Kreise gegen den Erfüllungswillen der republikanischen deutschen Regierung fordert wird, Entgegenkommen empfehlen und die Entpolitisierung der Wiedergutmachungsfrage als einziges Mittel zur Erzielung einer politischen Entspannung bezeichnen. Diese Auffassung kommt in einem inspierten Aufsatz des offiziellen "Petit Patriote" zum Ausdruck. Es heißt darin wörtlich: „Die meisten Deutschen mit gewissem Menschenverstand geben heute in Frankreich wie anderswo zu, daß man die europäische Entspannung erstreben muß. Sie billigen in vorous jede internationale Konferenz und jede wirtschaftliche, sogar politische Vereinbarung, diesem Zweck dien.“ In dem Aufsatz wird weiter betont, daß die Ausrichtigkeit der deutschen Regierung nicht angewiesen werden kann, daß aber ein Teil der deutschen Großindustrie ein solches Vertrauen nicht verdient.

„Liberté“ schreibt, daß Deutschland nur deshalb so lange auf die Antwort an die Reparationskommission warten lasse, weil es die Verhandlungen über die nächsten Zahlungen bis zur Konferenz von Cannes hinausschieben wolle. Die deutsche Regierung glaube, sehr geschickt zu handeln, wenn sie solange wie möglich nichts klareres über ihre Absichten sage, weil sie immer noch hoffe, daß aus der Konferenz, deren erste Aufgabe die „Neuregelung der Wiedergutmachungen“ sein würde, eine den deutschen Interessen günstige Wendung eintrete. Die nationalistischen Zeitungen benutzen diese halbtote Hypothese, um unfreundliche Bemerkungen über den Kanzler Dr. Wirth und Dr. Rathenau zu machen, indem sie die „Illusions“ zerstreuen, die man sich über ihren guten Willen gemacht habe. Das Eintrifft Dr. Rathenau in Paris wird von der Reparationskommission und, wie behauptet wird, auch von den französischen Regierung mit Interesse erwartet. Erst vor zwei Tagen nannte eine Zeitung, die dem Kabinett Ordon nahestehst (der "Petit Patriote"), Walther Rathenau einen der wenigen guten Männer Europas, auf die bei der Neuordnung der Dinge zu rechnen sei.

Wie aus Rom berichtet wird, empfing Papst Benedikt vorigen Sonntag den scheiternden deutschen Botschafter beim Quirinal, v. Beerenberg-Borken in Privataudienz. Nachdem der Papst auf den Besuch des Botschafters und zugleich das Bedauern über sein Scheitern ge-

äußert hatte, kam er auf Deutschland zu sprechen und erklärte hierbei, es sei ihm ganz unverständlich, wie man von Deutschland so ungeheure Summen fordern würde, ohne Deutschland zugleich die Möglichkeit zu geben, sich zu erhöhen und seine Worte zu füllen, und weiter es dann werde zahlen können. Er glaube, daß die Engländer dies jetzt einsehen. Hoffentlich würden auch die Franzosen sich zu diesem Standpunkt der Vernunft bekehren.

### Die Streitgesahr bei der Eisenbahn.

Die bisherige Annahme, daß die Elberfelder Streikbewegung ohne Wissen des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes entstanden ist, erscheint angesichts der Tatsache, daß bekannter Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes, zum Beispiel der zweite Vorsitzende, sich im Elberfelder Direktionsbezirk aufhielten und dort in einer Werkstatt tätig sind, die nicht für den Willen spricht, das Vorhaben der Eisenbahner zu verhindern, hinfällig geworden zu sein. Nach Mitteilungen, die den zuständigen Berliner Stellen vorliegen, hat der Deutsche Eisenbahnerverband auch versucht, mit den Bezirksorganisationen anderer Eisenbahnerverbände über ein gemeinsames Vorhaben zu verhandeln, ohne dabei allerdings die Zustimmung der übrigen Organisationen zu finden.

Durch das Vorhaben der Elberfelder Eisenbahner haben sich auch die im Reichsverkehrsministerium neu aufgenommenen Besprechungen verschoben, die den Zweck hatten, den Eisenbahnerarbeitern gewisse Entschädigungen zu zuwenden. Der Reichsverkehrsminister hatte gehalten die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen eingeladen, um mit ihnen gemeinsam die Möglichkeit einer Hilfsaktion zu erörtern. Infolge des Zuspruchs, den die Streikenden jetzt auszuüben bestreit sind, hat das Ministerium jedoch die Besprechungen abgezögert.

Im Anschluß an die ultimatischen Forderungen der Eisenbahner der Direktionsbezirke Elberfeld, Köln und Essen ist auf einzelnen Bahnhöfen des Direktionsbezirks Elberfeld bereits gestartet die Arbeit niedergelegt worden. Falls der allgemeine Ausstand im Westen zur Tatlage wird, bedroht der Deutsche Eisenbahnerverband, die Leitung der Streikbewegung zu übernehmen. Die Blätter weisen besonders auf die große Gefahr hin, die der KohleverSORGUNG Deutschlands durch einen Eisenbahnverlust im Rheinlande droht. Im Reichsverkehrsministerium wird die Lage nicht als bedenkllich angesehen.

Der Eisenbahnrechtspräsident von Elberfeld hat folgenden Aufruf erlassen: Die teilweise Arbeitsentlastung im Wuppertal veranlaßt mich zu folgendem Aufruf: Die Arbeitsentlastungen, die sogar zu gewaltigen Entnahmen in den Betrieb geführt haben, sind als wilde Streiks anzusehen, die mit allen Mitteln zu bekämpfen sind. Im Interesse des Aufrechterhaltens eines wenigstens nordwestlichen Betriebs erwarte ich die Unterstützung aller besonnenen Dienststellen. Ich sehe insbesondere voran, daß die Beamten in Gemeinschaft mit den arbeitswilligen Arbeitern alles aufzubieten werden, um die eingetretene Sitzungen zu beenden.

An neuen Meldungen liegen die folgenden vor: Berlin, 29. Dezember. Das Reichsminister hat sich gestern mit der Arbeitsentlastung der Eisenbahnerarbeiter in einzelnen Bezirken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes beschäftigt. Das Kabinett hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die ultimativ gestellten Forderungen nicht zu bewilligen seien. Ihre Bewilligung

## Wissenschaft und Kunst.

Trebbin, 29. Dezember.

### Ein Gegner Lessings.

Als der Halleiner Geheimrat und Professor Christian Adolph Aloys am Silvesterstag 1771 starb, da war er in den Augen der Welt bereits ein toter Mann. Nochdem in früherer Jugend das Glück dem Wunderkind gelächelt, nachdem er überaus hoch schnell Karriere gemacht, hohe wissenschaftliche Ehren geerntet und sich durch seine Schriftstellerkunst ein „Rühmchen“ in deutschen Landen erworben, hatte ein Edelherre, mit dem er an zubinden geragt, ihn in einem der denkwürdigsten literarischen Duells unmöglich gemacht. Lessing war es, der in seinen berühmten „Briefen anti-quarischen Inhalts“ die Höchstheit der Altklassischen Gelehrsamkeit und die Leichtfertigkeit seiner Arbeit erwies, und er hatte mit so gründlichen Waffen den Gegner abgetan, daß ihn nach der moralischen Hinrichtung der rohe Tod Aloys’ erschütterte. „Ich möchte gern über diesen Juvall lachen“, schreibt er auf die Todesnachricht hin, „aber sie macht mich ernsthafter, als ich gedacht hätte.“ Aloys wäre heute vergessen, wie so viele Professoren, die im 18. Jahrhundert mit mehr oder weniger Geschick einen eisernen wissenschaftlichen Betrieb veranstalteten, wenn nicht die große Persönlichkeit seines Gegners die „Aloysischen Händel“ im Typischen und Allgemeinen hinauslöste. In den Riedungen der deutschen Literatur, die damals noch voller Tünche und Wollen strotzten, bediente es reiniger Gewitter, bevor die Sonne unserer klassischen Dichtung und Wissenschaft emporsteigen konnte. Noch der ersten „Reinigung“, die der Streit der Schweizer mit Gottsched brachte, erstand in Lessing der Heilige, der in dem Augenblick des damaligen Schriftstoffs aufzräumte. Aloys war gewiß keiner von den Schlechtesten unter den Altklassischen Gelehrten, die damals mit galanter Pionierlei und freudiger Ober-

stechlichkeit dem Ernst und dem Wahrheitsstreben echter Wissenschaft im Wege standen. Aber gerade indem Lessing den berühmtesten unter den Einzugsfliegern der Altklassischen Wissenschaft zum Opfer wählte und mit unerbittlicher Strenge, vom höchsten littischen Standpunkt aus die Nächteitigkeit dieses Kreisels erwies, leistete er unserer Kultur einen hohen Dienst. Aloys hatte eine verhängnisvolle Begabung mit auf den Lebensweg bekommen, die ihn schon als Knaben in lateinischen Versen erglänzen ließ, die Aussehen machten, wo er hinlangt und den Siebenwundzweiglern in Halle zum Professor, zum Geheimrat und zum Führer einer ganzen literarischen Schule machte. Dabei führt der häbische junge Mann ein ziemliches Kummelhelden, daß zu seinem philosophisch abgelaßten Anschauungen in jüngster Zeit geschehen ist, immer unverhüllter und schändender Passos, das Lessing hier entsetzlich, hat Aloys für ewig als Beispiel eiserner und gewissenloser Dachmacherie gekennzeichnet. So lebt er fort, und so erkrankt er auch bereits seinen Zeitgenossen, als er frühzeitig unglücklich aus der Welt schied.

Der 500. Vollwohlabend. Neben den Menschenfreunden, die es im Jahre 1888 unternommenen, Kunst und Wissen durch Veranstaltung billiger Vortrags- und Kunstabende in weite Kreise des Volkes hineinzutragen, muß der heutige künstlerische Leiter der Vollwohlabende, Dietrich Metelmann, rühmend genannt werden. Im ersten Jahre des Bes



Bayern sei demnach von dem Recht der Begnadigung in weitgehendem Maße Gebrauch gemacht worden.

Dresden, 29. Dezember.

## Die Konferenz von Washington.

Die Unterseebootsfrage.

Paris, 29. Dezember. Nach einer Konsultation aus Washington hat die französische Abordnung aus dem Anwesen ihrer Regierung in Bezug auf der Unterseeboote erhalten. Gouraud und Admiral de Bon hatten eine Unterredung mit Hughes. In unterschiedlichen Kreisen wird gesagt, Frankreich werde den amerikanischen Vorschlag, der die Beibehaltung des status quo in Bezug auf die Unterseeboote anzeigt, zurückweisen. Die Franzosen betrachten die Unterseeboote als Verteidigungsmaßnahmen. Die französischen Sachverständigen erklärten, daß sie auf ihrem Standpunkt behalten. Sie sind der Ansicht, daß jedes Land das Recht habe, die nötigen Verteidigungskräfte unter Berücksichtigung der Ränge seiner Flotte selbst zu bestimmen.

Das Viermächteabkommen über den Stillen Ozean.

Washington, 29. Dezember. Aus Telegrammen, die in den letzten Tagen aus Tokio hier eingingen, geht hervor, daß die japanische Presse sich energisch der Einschließung des japanischen Festlandes in das sogenannte Viermächteabkommen betreffend den Stillen Ozean widersetzt; Japan dürfe dieser Einschließung nicht zustimmen, solange das Festland der anderen Vertragsunterzeichner ausgenommen sei.

Nach einer Haushaltung aus Washington gab gestern vor der maritimen Kommission der französischen Delegation Gouraud die offizielle definitive Billigung ab. Frankreich werde keine geringere Tonnage als 330000 t für Hilfsschiffe und 90000 t für Unterseeboote annehmen. Nach Gouraud ergriß Hughes das Wort. Er dankte Frankreich, daß es bezüglich der Geschlampschaft Opfer auf sich genommen habe, und sprach sein Bedauern aus, daß Frankreich keine gleichen Opfer hinsichtlich der Unterseeboote und Hilfsschiffe auf sich genommen habe. Gouraud sprach sich in gleichem Sinne aus. Das von Frankreich ins Auge gehaute Programm erscheine als Bedrohung Englands. England werde infolgedessen eine Verteidigungskräfte gegen die Flotte von Unterseebooten bauen müssen, die in nächster Nähe seines Gebietes geschaffen werde. Die japanischen Delegierten erklärten, sie müßten sich angeblich des Verlangens Frankreichs ihre Haltung zur Frage der Tonnage für Hilfsschiffe vorbehalten.

Ein Kriegsgesetzbuch.

Paris, 29. Dezember. Nach einer Konsultation aus Washington vertreten einige Delegierte die Ansicht, die Konferenz müsse Erklärungen über die Kontrolle der neuen Kriegswaffen und über die Abschaffung eines Kriegsgesetzbuches abgeben. Mit den Verarbeiten sollte eine Kommission beauftragt werden, die einer neuen in ein oder zwei Jahren zusammenstrebenden Konferenz das Ergebnis ihrer Arbeiten mitzutragen hätte.

Der Prinzregent von Japan und die Konferenz.

Der Prinzregent von Japan hat das Parlament in Tokio eröffnet und in der Thronrede auf den zu erwartenden glücklichen Ausgang der Konferenz von Washington hingewiesen.

## Die Zusammenkunft in Cannes.

Ministerpräsident Briand hat nunmehr die Einladungen zur Tagung des Obersten Rates am 6. Januar in Cannes ergehen lassen. Auf dem Programme stehen zwei Punkte, nämlich die Reparation und die Einberufung einer internationalen Konferenz. Die Zusammenkunft wird acht Tage dauern. Die Delegationen werden ungefähr 200 Personen umfassen. Die amerikanische Abordnung trifft am 29. Dezember ein, die englische am 1. Januar und die anderen Delegationen am 5. Januar.

Nach dem jetzigen Eindruck kann bei aller möglichen Voricht die Folgerung gezogen werden, daß in Cannes vielleicht einiges zur Besteigung der wirtschaftlichen Situation erzielt werden wird, aber bei weitem nicht soviel wie einige Optimisten glauben. Es wird hier besonders von Belgien ein starker Widerstand in allen Fragen der Wiedergutmachung erwartet, welcher die belgischen Interessen berühren. Auch Frankreich würde nicht geneigt sein, in seinen Forderungen nachzugeben. Sehr viel wird in Cannes davon abhängen, ob England tatsächlich einige Opfer bringen will.

Wie aus Rom gemeldet wird, haben in der Consula unter dem Vorsitz des Außenministers die Vorbereitungen über die in Cannes zu entscheidenden Wirtschaftsverhandlungen begonnen. Es nehmen daran u. a. der Senator Contarini, Staatssekretär, Vertreter der Hochfinanz und der Großindustrie teil. Ministerpräsident Bonomi wird auf der Konferenz von Cannes vom Minister des Außen, dem Finanzminister und zahlreichen Sachverständigen begleitet sein. Der "Tempo" erwartet, daß mit der Konferenz von Cannes die Revision des Verhauler Vertrages praktisch ihren Anfang nehmen werde und führt hinzu, es sei klar, welche Haltung Italien im eigenen Interesse einnehmen müsse, nämlich, daß Programm Englands zu unterstützen, das die wirtschaftliche Besiedlung Deutschlands erstebe und mit dem italienischen Programm vollständig übereinstimme.

"Daily Chronicle" deutet an, daß Lloyd George auf der Konferenz von Cannes sehr umfassende Pläne entwickeln werde, so daß die

Vor Wochen schon hat der Verein Deutscher Zeitungsverleger durch eine Anklage auf die schwer gefährdeten Lage der deutschen Zeitungen hingewiesen. Das geschah zu einer Zeit, als plötzlich der bereits auf über das Siebenjährige gestiegene Druckpapierpreis im letzten Monat des Quartals nochmals um fast das Doppelte des Friedenspreises erhöht wurde. So außerordentliche Mehrausgaben im laufenden Quartal kommen von den Herausgebern der deutschen Zeitungen nur zum geringen Teil verteidigt werden. Man mußte schließlich damit rechnen, daß der Papierpreis im neuen Jahr bis auf das Vierfache ansteigen würde.

Aber alle Befürchtungen werden übertraten, alle Notstandsmassnahmen kraftlos gemacht dadurch, daß nur ein Preis von 70 000 M. für den Wagen Druckpapier gesetzt wird (vor dem Krieg 2000 M.).

Schon im November wurde nach Prüfung der Sachlage von den zuständigen Reichsbehörden anerkannt, daß die Preise bei einem Preis von 35 000 M. auf die Dauer nicht erzielbar seien — jetzt soll dieser Preis auf das Doppelte erhöht werden! Was das bedeutet, mag daraus hervorgehen, daß die Mehrosten allein für Papier für eine kleinere Zeitung, die im Monat nur zehn Wagen braucht, 350 000 M. ausmachen. Diese unerhörte Erhöhung des Druckpapierpreises wirkt sich bei den großstädtischen Tageszeitungen noch in ganz anderer Weise aus, zumal sich mit den Mehrleistungen die Kosten aller anderen Produktionsfaktoren, auch der Löhne, Gehälter, Mediationskosten entsprechend vervielfachen. Hier andauern sich die Mehrosten, mit denen vom Januar an zu rechnen ist, auf viele Hunderttausende im Monat.

Die neuen Bezug- und Anzeigenpreise bleiben erheblich weit hinter den Mehrleistungen der Großstadtzeitungen zurück. Es muß heute damit gerechnet werden, daß auch unter den neuen Bedingungen die Zeitungen ihre Betriebe trotz der Preissteigerung zu einem erheblichen Teil über das erste Vierteljahr 1922 nicht mehr aufrecht erhalten können, wenn ihre Produktionsbedingungen sich nicht ganz wesentlich ändern.

Die Besitzer der Zeitungen zahlen auch bei den neuen Preisen vom 1. Januar nicht einmal das Papier- und Infektionslohn.

Zu allem kommen die gerade bei den Zeitungen sich in riesigen Summen gesteigerten Belastungen der Post-, Fernsprech- und Telegrafenbehörden, die Vermehrung der Kosten des Nachrichtendienstes und der Auslandskorrespondenzen, die durchschnittlich das Vierfache der früheren Kosten infolge der schlechten Währung erreichen oder überschreiten. Auf der gleichen Bahn bewegen sich die Preise für Metalle, Farbe usw. Wirkungslos besteht eine Aussicht, in absehbarer Zeit diese Zustände zu bessern, im Gegenteil, es drohen andauernde neue Belastungen und Schwierigkeiten.

So können die Dresden Zeitungen ebenso wie alle anderen nur hinzuweisen auf die Besonderheit der Zeitungsbetriebs, die nicht wie irgendwelche anderen Betriebe durch Export- und Importgewinne einen beträchtlichen Produktionsverlust begegnen können, aber auch nochmals darauf, daß die Preissteigerungen bei weitem nicht ausreichen würden zur Deckung der wirtschaftlichen Mehrosten der Zeitungen. Aus dieser Tatsache allein ergibt sich ohne weiteres, daß es sich um Notstandsmassnahmen handelt, ohne die am 1. Januar die Zeitungen ihre Betriebe schließen müßten.

Dresdner Anzeiger — Dresdner Nachrichten

Dresdner Neueste Nachrichten — Dresdner Volkszeitung

Elbtal-Abendpost — Sächsische Vorzeitung und Elbgau-Presse

Sächsische Staatszeitung

Die Sächsische Staatszeitung kostet vom 1. Januar ab 10 M. monatlich, 20 M. vierteljährlich, bei freier Justierung. Der Anzeigenpreis beträgt 4 M. für die Zeile.

Zusammenkunft tatsächlich eine "Konferenz zur Abschaffung der Konferenzen" sein werde. Wenigstens hofft Lloyd George zu erreichen, daß es in den nächsten Jahren nicht mehr zu trübles Auseinandersetzungen zwischen den Verbündeten kommt werden.

Wie der "Tempo" mitteilt, werden an den technischen Vorbereitungen der Konferenz von Cannes, die unter dem Vorsitz des Ministers Doumergue am Sonnabend in Paris beginnen, auf dessen Wunsch auch Delegierte der italienischen und der belgischen Regierung teilnehmen. Für Italien wird dessen Handelsminister als Vertreter erwartet.

Als neueste Meldung liegt nochstehend vor:

London, 29. Dezember. Dem Reuterbüro folge wird der Hauptteil der französischen Kommission, etwa 20 Personen, Sonntag morgen nach Cannes abschiffen. Heute degeben sich u. a. Worthington Evans und Sir Robert Kimberley mit ihren Stäben nach Paris, wo Freitag abend und Sonnabend Konferenzen abgehalten werden.

Die Volksabstimmung in Dedenburg.

Paris, 29. Dezember. Die Volksbefragungskommission beschäftigt sich mit der Frage der Volksabstimmung in Dedenburg. Sie billigte den Vorschlag des Ausschusses der Generale betreffend die Übergabe des Gebietes an Ungarn am 1. Januar.

Die Vorfälle in Sebenico.

Belgrad, 29. Dezember. Die italienische Gesandtschaft hat dem Rumäischen Minister wegen der Vorfälle in Sebenico eine Protestnote überreicht. Der Ministerrat hat beschlossen, einen besonderen Beamten nach Sebenico zu senden, der die Vorfälle untersuchen soll. Während des gestrigen Tages sind mehrere italienische Kriegsschiffe in den Gewässern von Spalato und Sebenico angelangt.

Um weitere Zusammenstöße zu verhindern, hat das Militär in Sebenico die wichtigsten Punkte besetzt. Der italienische Konsul hat sich auf ein italienisches Kriegsschiff degeben.

Der Marineausschuß der französischen Kommission für eine genügend starke Flotte.

Paris, 29. Dezember. Der Marineausschuß der Kommission hält gestern eine Sitzung ab, um die Erfordernisse des Marineministers über die Verhandlungen in Washington entgegenzunehmen. Der Ausschuß beschloß, das Ministerium zu verpflichten, die maritimen Interessen Frankreichs energisch zu unterstützen, daß eine genügend starke Flotte nötig habe, um seine Küsten und Kolonien und die Freiheit seiner Seewege zu schützen.

Russische Truppen an der finnischen Grenze.

Kopenhagen, 29. Dezember. Nach einem Telegramm der Zeitung "Politiken" aus Kopenhagen ziehen die Russen an der finnischen Grenze starke Truppenstellungen zusammen. Dies gab vor einigen Tagen zu Gerüchten Anlaß, nach denen zwischen bolschewistischen Truppen und finnischen Freischaren blutige Zusammenstöße

stattgefunden hätten. Zu finnischen Militärkreisen betrachtet man die russischen Truppenkonzentrationen als militärische Demonstration. Finnisch-sowjetische Maßnahmen getroffen worden für den Fall, daß die Bolschewisten die Grenze überschreiten sollten.

## Ein Viermächtebund für die europäischen Gewässer.

New York, 29. Dezember. (Durch Funksprach.) Associated Press meldet aus Washington: Wahrscheinlich wird angedeutet, daß Frankreich möglichstweise dem status quo in der Begrenzung der Unterseebootsstreitkräfte zustimmen werde, wenn die anderen Mächte sich einem Vertrage anschließen, der es sich zur Aufgabe setzt, den Frieden in den europäischen Gewässern zu erhalten. Die Signatarmäkte für einen solchen Vertrag wären Frankreich, England, Italien und Deutschland.

Die Kämpfe in Sibirien.

London, 29. Dezember. Die "Times" berichtet: Die russischen weißen Truppen hätten Chabarowsk genommen und die Roten auf der Seeprovvinz vertrieben. Der Ausschuss gegen die Roten breite sich bis auf die Amur-Provinz aus. Die Bevölkerung der von den Kommunisten befreiten Gebiete habe sich für die vorläufige Regierung von Bladjiostol erklärt.

Das neue chinesische Kabinett.

Peking, 29. Dezember. Premierminister im neuen chinesischen Kabinett ist Liang-Chih-Hi, Minister des Äußeren Yen, Kriegsminister Pan-Kwei-Ching.

Aleine Nachrichten.

Agram, 29. Dezember. Die dortige Jugend hielt gestern eine große Protestversammlung gegen die von den Italienern in Dalmatien vorgenommenen Verhaftungen und veranstaltete dann vor dem italienischen Konsulat eine große italienfeindliche Kundgebung.

Wien, 29. Dezember. Die Arbeiter und Arbeitnehmer der Tull- und Spinnindustrie in Czernowitz sind gestern in den Ausstand getreten.

## Bom Reichstag.

Berlin, 29. Dezember. Der vom auswärtigen Ausschuß des Reichstags eingezogene Unterausschuß zur Untersuchung der Verträge der Continental-Telegraphen-Gesellschaft (W.T.B.) mit den ausländischen Telephonagenturen hat dem Ausschuß Bericht erstattet. Er teilt mit, daß er zu Ausstellungen keinen Anhalt gefunden habe.

Wie bekannt ist, berät der Reichstag über eine Novelle zum Umsatzvertrag. Die Verhandlungen können voraussichtlich erst im Laufe des Januar zum Abschluß gebracht werden.

## Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

— Die soeben erschienene Nr. 16 des Finanzministerialblattes für den Freistaat Sachsen (herausgegeben vom Finanzministerium) enthält Verordnungen und Bekanntmachungen folgenden Inhalts: Erhöhung von Ruhegehaltsbezügen, Dienstmarken, Zahlung von Dienstbezügen, Einführung des Postzulagegeldes, Zahlung von Unterhaltszulagen usw., Reinigung der Diensträume, Bezüge der Werkstatthandarbeiter, erhöhte Entmündigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Anfang Januar 1922 erscheinende Nummer des Finanzministerialblattes wird das Gesetz vom 13. Dezember 1921, die Änderung des Beamtenbedarfungsgegeses und die Neuregelung der Wartezeit, Ruhegehalts- und Hinterblebenenbezüge der Staatsbeamten und Lehrer betr., sowie die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz vom 22. Dezember 1921 enthalten.

— Das heute eingegangene 31. Stük des Sächsischen Gesetzesblattes enthält: Ges. die Änderung des Beamtenbedarfungsgegeses in der Fassung der Ges. vom 12. Aug. 21 und die Neuregelung der Wartezeit, Ruhegehalts- und Hinterblebenenbezüge der Staatsbeamten und Lehrer betr.; Ausführungsbestimmungen zu diesem Ges. vom 12. Aug. 21 über das Inkrafttreten des Beamtenbedarfungsgegeses für das Rechnungsjahr 1920 betr.

— Das heute eingegangene Nr. 118 des Reichs-Gesetzesblattes enthält: Ges. über Postgebühren; Ges. zur Änderung des Postzulagegeldes; Ges. zur Änderung der Telegraphengebühren; Bdg. zur Änderung der Postordnung; Bdg. zur Änderung der Rohrpostordnung für Berlin; Bdg. zur Änderung der Anweisung für den Funktelephondienst; Ges. zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Geldstrafe und zur Einschränkung der freien Freiheitsstrafen; Ges. über die weitere Verlängerung der Verjährungsfrist des Seevertragsrechts; Ges. betr. Verlängerung der Geltungsdauer der Bdg. betr. die Verwertung von Militärgut, vom 23. Mai 1919 in der Fassung des Reichsges. vom 17. Dez. 1920; Ges. über die Geltungsdauer des Ges. gegen die Kapitalstrafe; Ges. betr. die Ratifikation des Vertrags zwischen dem Deutschen Reich und Danzig über die Regelung der Optionsfragen; Bdg. betr. die Auslösung der Preisaufschlüsselung für Stückzollabdingungsmittel; Ges. über Sanktionen sowie Ges. betr. Befreiungsklausuren über Krankheitserreger.

## Bücherbesprechungen.

\* Handbuch der Politik. Bitter Band: Der wirtschaftliche Wiederaufbau. Berlin und Leipzig. Verlag von Dr. Walther Rothchild. Preis 60 M. in Holzleinen 80 M., in Gauleinen 90 M., in Halbleinen 120 M.) — Auf dieses hochbedeutsame Werk deutsches Fleisches, deutscher Gründlichkeit und deutscher Weisheit haben wir bereits wiederholt hingewiesen. Im nunmehr abgeschlossenen Jahre sind ihm auch der dritte Band, den wir ebenfalls besprochen haben, und der vorliegende letzte Band gefolgt. Wie in den früheren drei Bänden, so haben auch hier wieder hervorragende Männer der Wissenschaft und der Praxis ihr Bestes zur Bewältigung des reichen Stoffs gegeben. Die Verbindung Deutschlands führt zur Darstellung der direkten und indirekten Steuern, Zölle und Monopole; die Bindung der Überseeökonomie, die Bodenfrage in Land und Stadt, Industrie und Handel, Sozialisierung, Verkehrswesen, gewerbliche Arbeiterschaft sowie die Mittelschicht mit all ihren ebenso bedeutsamen wie schwierigen Problemen kommen zur Erörterung. Von den Bearbeitern seien zur Kennzeichnung des Werkes des Stoffs genannt: Dr. Südelius, preußischer Finanzminister a. D., Dr. Auguste Berlin-Schöneberg, Natur-Diz. Reichsamt Alber, Unterstaatssekretär a. D. Richard v. Möllendorff, Oberst Roeth, Dr. Schweigkoffer vom Reichsverband der deutschen Industrie, Prof. Voßleipzig, Adolf Damaskus, Prof. Liepmann-Freising, Direktor Werner von den Siemens-Schuckert-Werken, Dr. Hans Grüger, Lujo Brentano, Prof. Wilbrandt Tübingen, Otto Hué, Generaldirektor Heinzel vom Norddeutschen Lloyd, Staatsminister a. D. v. Doeblin, Dr. Heinz Voithoff, Prof. Ferdinand Gregori vom Deutschen Theater in Berlin. Abgeschlossen liegt nunmehr vor uns das große Handbuch der Politik, das nach der Umwidlung seiner einzelnen Mitarbeiter aufgebaut ist und so den Anspruch erheben kann, für Jahrzehnte das Buch der Politik für das deutsche Volk zu sein, dessen es für seine politische Bildung und Erziehung in jedem Maße bedarf.

## Wasserstände der Elbe und Moldau.

Quellen: Wasserstandsergebnisse des Reichsverbandes der Wasserversorgungsgesellschaften für das Jahr 1921.

28. Dez. — 28 + 150 — 23 — 60 — 48 — 26 — 162  
29. Dez. — 24 + 180 — 32 — 67 — 55 — 32 — 146

## Einzelnummern der Sächsischen Staatszeitung

sind zum Preis von 30 Pt. das Stück jederzeit zu haben

### in Leipzig:

in der Rosberg'schen Buchhandlung (Wilhelm Schuh), Universitätsstraße 15, beim Vereinigten Leipziger Bahnhofsbuchhandel G. m. b. H.;

in Bautzen, Chemnitz, Löbau, Meißen, Reichenbach, Torgau, Werdau, Wurzen: bei den Bahnhofsbuchhändlern.

## Amtlicher Teil.

**Die Kassen-, Buch- und Rechnungsführung in Geschäften und Wasserbaugeschäften ist für den Bezirk des Straßen- und Wasser-Bauamtes Bautzen am 5. Dezember 1921 vom Finanzamt Bautzen auf das Straßen- und Wasser-Bauamt Bautzen, für den Bezirk des Straßen- und Wasser-Bauamtes Weissen auf 12. Dezember 1921 vom Finanzamt Weissen auf das Straßen- und Wasser-Bauamt Weissen und für den Bezirk des Straßen- und Wasser-Bauamtes Bautzen am 16. Dezember 1921 vom Finanzamt Bautzen auf das Straßen- und Wasser-Bauamt Bautzen übergegangen.** 8366

Dresden, 22. Dez. 1921. Finanzministerium.

Als weiterer Vertrauensarzt des Militärversorgungsgerichts ist der Facharzt für Chirurgie und Orthopädie Herr Dr. med. Roser in Bautzen gewählt worden. 178 AM

Bautzen, am 28. Dezember 1921. 8368

Der Direktor des Militärversorgungsgerichts.

1. Maria Elsa Künter geb. Lindner in Leipzig-August;
  2. Anna Marie Kalide verm. gew. Schmidt, geb. Heidt in Trebsen;
  3. Clara Martha Lehmann geb. Körner in Leipzig;
  4. Anna Elsa Röder geb. Neißler, Arbeiterin in Probstheida;
  5. Martha Auguste Lehmann geb. Heidt in Leipzig-Sellerhausen;
  6. Kommandantebauer Hermann Franz Röder in Leipzig-Wölkendorf;
  7. Emma Maria Klamm geb. Dippold in Leipzig-Reudnitz;
- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte: zu 1—6 De. Ulrich, zu 7 Dr. Poersch, sämtlich in Leipzig —

Urgen gegen ihre Eltern

zu 1. den Kaufmann Julius Clemens Künter, zuletzt in Leipzig, (§ 1567 Abs. 2 Biff. 2 BGB's), zu 2. den Klempner Ernst Georg Max Kalide,

zuletzt in Trebsen, (§ 1568 BGB's),

zu 3. den Kaufmann Paul Walter Conrad Lehmann, zuletzt in Leipzig, (§§ 1565, 1567 Abs. 2 Biff. 2 und 1568 BGB's),

zu 4. den Elektrotechniker Andreas Traugott Röder, zuletzt in Probstheida, (§ 1568 BGB's),

zu 5. den Schlosser Karl August Lehmann, zuletzt in Leipzig, (§ 1567 Abs. 2 Biff. 2 BGB's),

zu 6. Amalie Pauline Cécile Röder geb. Petermann, zuletzt in Berlin-Pankow, (§ 1568 BGB's),

zu 7. den Münster Friedrich Wilhelm Herbert Klamm, zuletzt in Leipzig,

zu 1—7 mit dem Antrage:

Die zwischen den Parteien bestehenden Ehen zu scheiden.

Die Kläger haben die Beflagten zur mündlichen Verhandlung der Ehestreite vor die 12. Zivilkammer des Landgerichts zu Leipzig auf

Montag, den 27. Februar 1922, vorm. 9 Uhr mit der Aufforderung, sich je durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Leipzig, den 28. Dezember 1921. 8369

Der Schreibereiter des Landgerichts.

Das Kontursverfahren über das Vermögen des Zigarettenhändlers Paul Hugo Saupé in Göppertsdorf wird nach Ablaufung des Schlüftermins hierdurch aufgehoben. 8370

Amtsgericht Burgstädt, den 24. Dez. 1921.

Auf Blatt 52 des Handelsregister, die Firma Hermann Breitengroß in Grimmitzsch betreibend, ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Grimmitzsch, 28. Dez. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 16530, betr. die Aktiengesellschaft Walter Loebel-Aktiengesellschaft in Dresden: Durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 9. Dezember 1921 hat sich die Gesellschaft aufgelöst. Ihr Vermögen ist als Ganzes an die Aktiengesellschaft Sachsiische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann Aktiengesellschaft in Chemnitz gegen Gewährung von Aktien dieser Gesellschaft übertragen worden. Es ist vereinbart worden, daß eine Liquidation des Vermögens der aufgelösten Gesellschaft nicht stattfinden soll;

2. auf Blatt 11414, betr. die Firma Julius Plünz Aktiengesellschaft in Dresden, Zweigniederlassung in Berlin unter der gleichen Firma bestehenden Aktiengesellschaft: Prokura ist erzielt dem Oberingenieur Otto Adolph, Ingenieur Richard Behrendt, Oberingenieur Otto Danckel, Oberbuchhalter Eugen Risch, Oberingenieur Emil Albert, Oberingenieur Hermann Künter, Oberingenieur Richard König, sämtlich in Berlin, sowie den in Charlottenburg wohnhaften Oberingenieuren Bruno Meyer, Friedrich Alten und Hans Trenkmann. Ein jeder von ihnen ist berechtigt, die Gesellschaft mit einem ordentlichen oder stillverbleibenden Vorstandsmitgliede oder mit einem anderen Prokuristen zu vertreten;

3. auf Blatt 16771, betr. die Gesellschaft Erich Wohl Glass- und Hohlglas-Großhandlung, vorst. Eduard Antonius Glass-Betriebs-Verein-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Gesamtprokura ist erzielt den Kaufleuten Friedrich Moritz Hornack und Oskar Erwin Egger, beide in Dresden;

4. auf Blatt 16697, betr. die Gesellschaft Auer, Film-Abwicklung-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 21. Dezember 1921 aufgelöst. Die Kaufmannsherrin Marie Else Gustava Freudenberg geb. Rose und der Kaufmann Oskar Ernst Bernhardt sind nicht mehr Geschäftsführer. Zum Liquidator ist bestellt der Kaufmann Max Großwald in Dresden;

5. auf Blatt 14499, betr. die Gesellschaft Gustav Jürmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 15. Dezember 1921 aufgelöst. Der Kaufmann Wilhelm Hellendorff ist nicht mehr Geschäftsführer. Die dem Kaufmann Max Löschke in Glauchau, e) Fabrikbesitzer Albert Wagner in

erzielte Prokura ist erloschen. Der Kaufmann Gustav August Karl Jührmann ist nicht mehr Geschäftsführer, sondern Liquidator;

6. auf Blatt 16845: Die offene Handelsgesellschaft Görüber Göde in Dresden, Gesellschafter sind der Fabrikant Max Richard Göde und der Mechaniker Robert Franz Göde, beide in Dresden. Die Gesellschaft hat am 23. Dezember 1921 begonnen. Geschäftsbetrieb: Herstellung und Vertrieb von Spielwaren. Geschäftsrat: Bauthner Straße 75 Höh;

7. auf Blatt 16014, betr. die offene Handelsgesellschaft Hößel & Bünte in Dresden: In die Gesellschaft sind als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten der Betriebsleiter Arthur Pöhlker und der Advokat Dr. Friedrich Glaeckner, beide in Leitmeritz. Die Gesellschaft kann nur vereinbart werden durch einen der beiden Gesellschafter Hößel und Bünte entweder gemeinschaftlich mit einem der beiden Gesellschafter Pöhlker und Glaeckner oder mit einem Prokuristen. Prokura ist erzielt dem Major a. D. Franz Weißler in Dresden;

8. auf Blatt 14780, betr. die Kommanditgesellschaft „Immerland“ — Gründen — Generalvertretung M. Röder & Co. in Dresden: Der Kaufmann Hermann Paul Röder in Dresden ist als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Die Kaufmannsherrin Clara Maria Röder geb. Wehlmann ist als persönlich haftende Gesellschafterin ausgeschieden. Ein Kommanditist ist ausgeschieden. Zwei Kommanditisten sind in die Gesellschaft eingetreten. Die dem Kaufmann Hermann Paul Röder erzielte Prokura ist erloschen. Prokura ist erzielt der Kaufmannsherrin Clara Maria Röder geb. Wehlmann in Dresden. Die Firma lautet fälschig: M. Röder & Co. 8391

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 28. Dez. 1921.

Das Handelsregister ist heute auf Blatt 10240, betr. die Aktiengesellschaft Sachsenwerk, Licht- und Kraft-Aktiengesellschaft in Dresden, eingetragen worden: Die außerordentliche Generalversammlung vom 12. Dezember 1921 hat beschlossen, das Grundkapital unter den im Besluß angegebenen Bedingungen zu erhöhen um siebzehn Millionen Mark, zerfallend in siebzehntausend Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je eintausend Mark und zum Rennwert von 200 % aufzutragen. Ein Kommanditist ist ausgeschieden. Zwei Kommanditisten sind in die Gesellschaft eingetreten. Die dem Kaufmann Hermann Paul Röder erzielte Prokura ist erloschen. Prokura ist erzielt der Kaufmannsherrin Clara Maria Röder geb. Wehlmann in Dresden. Die Firma lautet fälschig: M. Röder & Co.

Amtsgericht Dresden, 28. Dez. 1921.

Es wird weiter bekanntgegeben: Die neuen Aktien werden zum Kurs von 200 % aufgegeben. Mit Wirkung von der Eintragung der erfolgten Erhöhung des Grundkapitals um 17 Millionen Mark ins Handelsregister ab gewohnt die Verteilungskosten hat das bisher vierzehnach, das achtzehnach Stimmrecht, wie die (Stamm) Aktien gleichen Kennbetrages, so daß auf je nom. 200 Mark Verteilungskapital 18 Stimmen entfallen.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 28. Dez. 1921.

Auf Blatt 16846 des Handelsregister ist heute die Gesellschaft Gräbodig Gesellschaft für Grund und Boden, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. November 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die gemeinsame Schöpfung von Siedlungen, Verwertung und Verwaltung von Immobilien. Das Stammkapital beträgt einhundertachttausend Mark. Die Kündigung der Gesellschaft darf innerhalb der ersten fünf Jahre, das laufende Geschäftsjahr für voll gerechnet, nicht erfolgen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so kann jeder von ihnen die Gesellschaft allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Rechtsanwälte Herbert Seißler und Dr. Walther Wilhelm, beide in Dresden.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Geschäftsrat: Prager Straße 45, III. 8392

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 28. Dez. 1921.

Im hierigen Handelsregister ist am 23. Dezember 1921

A. auf Blatt 539, die Firma Hermann Wünsche in Überbach eingetragen und weiter verlautbart worden: Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und Weiterbetrieb der bisher unter der Firma Hermann Wünsches Erben in Überbach betriebenen Fabrik, die Herstellung aller Artikel aus dem Gebiete der Textil-Industrie, sowie der Handel mit solchen Artikeln. Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen unter der gleichen oder einer besonderten Firma errichten und sich an anderen, dem Geschäftsbetrieb dienenden Unternehmungen beteiligen, auch solche erworbene und erworbene wieder veräußern. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zehn Millionen Mark, eingeteilt in zehntausend auf den Inhaber lautende Aktien über je eintausend Mark. Die Gesellschaft hält nicht für die in dem Betriebe der Firma Hermann Wünsches Erben in Überbach entstandenen Verbindlichkeiten, die in dem Betriebe begründeten Forderungen gehen nicht auf die Gesellschaft über. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. Juli 1921 abgeschlossen worden. Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus einer oder mehreren Personen. Die Gesellschaft wird entweder durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch einen Prokuristen vertreten. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt: a) Fabrikdirektor Otto Moritz in Bautzen, b) Kaufleute Albert Wagner in Glauchau, c) Fabrikbesitzer Albert Wagner in

Bautzen. Jeder von ihnen ist befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Prokura ist erzielt den Kaufleuten Hermann Julius Henke, b) Erhard Herzog, c) Hermann Nebau, d) Ernst Hermann Wagner, sämtlich in Ebersbach, e) Wilhelm Voigt in Bautzen. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen vertreten.

Weiter wird noch bekanntgemacht:

Die Bestimmung der Zahl, die Ernennung und die Abberufung der Vorstandsmitglieder liegt dem Vorstand des Vorstandes des Aufsichtsrats und die Erwerbung von Grundstücken zu diesem Zwecke. Die Gesellschaft ist befugt, sich an gleichartigen und ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen. Das Grundkapital beträgt eine Million Mark, in eintausend Aktien zu je tausend Mark zerfallend. Die Gesellschaft wird rechtsverbindlich vertreten und die Firma verbindlich gezeichnet, a) wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese, b) wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, durch zwei seiner Mitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen, c) gleichzeitig, wieviel Vorstandsmitglieder vorhanden sind, durch zwei Prokuristen. Der Aufsichtsrat kann einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugnis erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt der Fabrikbesitzer Wilhelm Heinrich Arno Hagenah und der Architekt Franz Otto Jukich, beide in

Leipzig.

Weiter wird noch bekanntgegeben: Der Vorstand besteht je nach Bestimmung des Aufsichtsrates aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Die Bestellung und der Widerruf, sowie die Regelung aller das Amtstellungsverhältnisse betreffenden Angelegenheiten erfolgt durch den Aufsichtsrat. Dieser kann auch Vorstandsmitglieder zeitweise vom Amt entheben. Der Aufsichtsrat entscheidet über die Zusammensetzung des Vorstandes und die Befugnisse der einzelnen Vorstandsmitglieder. Er kann selbstvertreten der selben ernennen. Die Generalversammlungen werden durch eine einmalige öffentliche Bekanntmachung, welche wenigstens 20 Tage vor dem Versammlungstage, den Tag der Bekanntmachung und den der Versammlung nicht mitgerechnet, erscheinen muß, seitens des Vorstandes oder des Aufsichtsrates unter Angabe des Zwecks berufen. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Sie geschehen durch den Aufsichtsrat, soweit nicht nach dem Gesetz der Vorstand oder andere Personen als hierzu berechtigt und verpflichtet bezeichnet sind. Einmalige Bekanntmachung genügt, soweit nicht das Gegenteil durch das Gesetz oder den Gesellschaftsvertrag bestimmt ist. Die Bekanntmachungen, welche vom Aufsichtsrat ausgeben, werden mit der Firma, dem Juist: Der Aufsichtsrat und der Unterstift der Vorstand, oder des Vorstandes des Aufsichtsrates, die vom Vorstand ausgegeben, mit der Firma, dem Juist: Der Vorstand und gemäß § 11 von den Vorstandsmitgliedern unterzeichnet. Die Aktien laufen auf den Inhaber. Sie werden zum Rennwert ausgegeben. Gründer sind: Der Leipziger Baumverein eingetragene Gesellschaft mit befrüchteter Haftung, die offene Handelsgesellschaft unter der Firma Thuryer & Co., Kaufmann Karl Ferdinand Hermann Max Rengler, die Firma Carl Boerner Koch, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Kommanditgesellschaft unter der Firma Otto Enke, Ingenieur Robert Hammer, Baumeister Alfred Lünzenauer, sämtlich in Leipzig. Sie haben sämtliche Aktien übernommen. Mitglieder des ersten Aufsichtsrates sind: Kaufleiter Karl Friedrich Anders, Kaufmann Eugen Alheit, Baumeister Carl Otto Sommer, Prokurist Friedrich Wilhelm Kenzler, sämtlich in Leipzig, und Baumeister Friedrich Wilhelm Günther in Engelsdorf.

Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates, kann bei dem unterzeichneten Gericht Einsicht genommen werden.

Begrüßt der am 11. Juli 1921 vorhandenen, nach obigen Ausführungen nicht überlassenen übrigen Aktien der Firma Hermann Wünsches Erben ist die Firma Hermann Wünsche mit dem Wert von 10 000 000 M. hierbei bewertet. Die Grundstücke und Gebäude, einschließlich der Grundstücksteile, welche früher allein der Grundstücksbesitzer waren, mit 2 500 000 M. die übrigen gejähmten Fabrikneinrichtungen mit 5 500 000 M. das Recht zur Fortführung der Firma mit 2 000 000 M. Den Gegenwert erhält Herr Wünsche mit 6 400 000 M. nebst 3 000 Aktien ab 1. April 1921 in bar, in Höhe von 3 000 000 M. in Aktien der Gesellschaft zum Rennwert, also 3600 Stück über je 1000 M.

Den gesamten Gründungsaufwand trägt die Gesellschaft, einschließlich der durch die Übereignung der Grundstücke entstehenden Kosten, Steuern und Abgaben aller Art mit Ausnahme der etwaigen Abgaben der Grundstücksbesitzer, welche früher allein der Grundstücksbesitzer waren, und Herr Wünsche auf die Gesellschaft übertragen. Die Rückerstattung der eingetragenen Renten geben vom 1. April 1921 an die Erwerberin über mit Ausnahme der Hypotheken, die nicht übernommen werden.

Begrüßt der am 11. Juli 1921 vorhandenen, nach obigen Ausführungen nicht überlassenen übrigen Aktien der Firma Hermann Wünsches Erben ist die Firma Hermann Wünsche mit dem Wert von 10 000 000 M. hierbei bewertet. Die Grundstücke und Gebäude, einschließlich der Grundstücksteile, welche früher allein der Grundstücksbesitzer waren, mit 2 500 000 M. den Gegenwert erhält Herr Wünsche mit 6 400 000 M. nebst 3 000 Aktien ab 1. April 1921 in bar, in Höhe von 3 000 000 M. in Aktien der Gesellschaft zum Rennwert, also 3600 Stück über je 1000 M.

Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisoren kann bei dem unterzeichneten Gericht Einsicht genommen werden.

Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 24. Dez. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 20635 die Firma Th. Grön Schröder in Leipzig-Gohlis, Friedrich Karlstr. 52. Der Kaufmann Thilo Moritz Erich Schröder in Leipzig ist Inhaber. Prokura ist erzielt dem Kaufmann Paul Hermann Georg Krause in Leipzig. (Angegebener Geschäftsbetrieb: Handel mit Ledern);

2. auf Blatt 17447, I, betr. die Firma G. A. Voigt in Leipzig: Prokura ist erzielt den Kaufleuten Leopold Wenzel in Leipzig, Paul Richard Ginter in Raumkub und Hugo Alfred Ziegler in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Firma nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

3. auf Blatt 103, betr. die Firma August Zeißler in Leipzig: In die Gesellschaft ist eine Kommanditistin eingetragen;

4. auf Blatt 962, betr. die Firma Meyer & So. in Leipzig: In die Gesellschaft sind fünf Kommanditisten eingetreten;

5. auf Blatt 17443, betr. die Firma Bonni Wende in Leipzig: Zweigniederlassung: Prokura ist erzielt dem Kaufmann Kurt Götzen in Döbeln;

6. auf Blatt 19450, betr. die Firma Röder. Röder ist erzielt dem Kaufmann Otto Sommer in Leipzig;

7. auf Blatt 10533, betr. die Firma Schäfer & Co. in Leipzig: Josef Leib Schäfer ist als Gesellschafter ausgeschieden;

8. auf Blatt 20180, betr. die Firma Maas & So. in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen;

getragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. Dezember 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung, Verbreitung und Vermittlung von Büchern und Werken der europäischen Kultur. Das Stammkapital beträgt vierzehntausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt Josef Jauner in Leipzig. Prokura ist erteilt dem stadt. phil. Karl Paul August Werner Holz in Leipzig. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch betontgegen: Die Belohnungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 8375 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 27. Dez. 1921.

Auf Blatt 195 des hiesigen Handelsregisters, die Fa. Reußländer Emailierwerke H. Ulrich & Co., Aktiengesellschaft, in Neustadt in Sachsen bet., ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung und des Aufsichtsrats vom 2. Oktober 1921 in der aus den notariellen Protokollen vom gleichen Tage erschienenen Weise abändert worden. Darnach erfolgt u. a. die Anstellung der Vorstandsmitschr. und der Abschluß von Verträgen mit diesen durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinen Stellvertreter. 8376 Amtsgericht Neustadt i. S., 23. Dez. 1921. Das Amtsgericht.

Der auf den 14. Februar 1922 zur Beurteilung der auf den Namen Julius Hermann Dreher im Schriftregister des Amtsgerichts Pirna auf Blatt 293 und auf Blatt 278 eingetragenen Schiffe bestimmte Termin ist aufgehoben. 8378 Amtsgericht Pirna, den 23. Dez. 1921.

## Ortlche Angelegenheiten.

Dresden, 29. Dezember.

### Wer den Menschen begreift, begreift die Welt!

Die Pforte des Lebens und der Gesundheit öffnet sich nur dem, der in reinster Wechselseitigkeit gegen sich dem „Erkenne dich selbst!“ in den Fragen seines Vermögens gehorcht hat.“ Den Weg zu solcher Erkenntnis will die Ausstellung „Der Mensch“ weisen. Die wissenschaftliche Forschung hat das Wunderwerk Mensch, geweckt aus festem Stoß und unsichtbarem Geistigkeit, bis in seine feinsten Teile zerlegt, Bau und Funktionen der eingelassenen Bausteine und ihrer Zusammensetzung zu Organen gelebt. Das Deutsche Hygiene-Museum geht mit seiner Ausstellung umgedreht vor: Es baut den Menschen wieder auf und zeigt in Bild und Modell, wie sich künftig ein zum andern läuft, damit es ein Ganges werde. In diesem Bild von Entwicklung, Aufbau und Wachstum erleben wir wie im Spiegelbild die Geschichte unseres eigenen Werdens, der Menschheit und unserer selbst. Hauptsächlich werden noch recht viele die wenigen Ausstellungsbürogen dazu benutzt, um aus der Ausstellung „Der Mensch“, die leider schon Anfang Januar von Dresden scheidet, reiches Wissen und eine Fülle von Anregungen zu schöpfen. Wer den geheimen Lebensvorgängen und den geistigen Zusammenhängen nachspüren will, wird einen besonderen Genuss und hohe Befriedigung empfinden, wenn er nach der Wanderung durch die Ausstellung sich in das ganz vorstellbare Buchlein „Zur Einführung in die Sammlung Der Mensch“ vertieft, das kein Hüter im landläufigen Sinne sein will, sondern das Gesamtbild des Menschen als inneres Erlebnis behandelt. Sonnabends ist die Ausstellung in Zukunft, des Parkes wegen, von 10 bis 7 Uhr geöffnet (ärtliche Führungen 11 und 5 Uhr), Werktag von 11 bis 7 Uhr (ärtliche Führung 5 Uhr).

\* Noch außerordentlich gutem Besuch ist am 27. d. M. die Weihnachts-Auktionsmesse durch eine kleine, im Künstlerhaus veranstaltete Feier beschieden worden. Dr. Brodtkorff und Werbeleiter Hermann Grubert übergeben den ausgezeichneten Firmen im Auftrage des Preisdirektors die ihnen zuverkannten Diplome. Dem Geschäftsführer der Ausstellungsgesellschaft für Industrie und Handel, Herrn Johannes Pipping, überreichte er im Auftrage der Aussteller eine Anerkennungsurkunde und eine bronzenen Plakette als höchsten Ausdruck der Aussteller in Anerkennung seiner Verdienste um das Gelingen der Weihnachtsmesse. — Die Ausstellung gewöhnlicher Erzeugnisse, die vom 18. bis 25. Juni im Künstlerhaus stattfindet, ist bis auf wenige Bösch. schon wieder vermietet. Im Jahre 1922 ist auch die Weihnachtsmesse wieder gesichert, aber nicht mehr in den Dresden Kaufmannschaft, sondern im Künstlerhaus, und zwar vom Sonntag, den 2. Dezember 1922, bis Sonntag, den 9. Dezember.

\* Auf Grund einer Verordnung des Ministeriums des Innern ist den Empfängern der Veterandenbeihilfe außer der für das Rechnungs-Jahr 1921 bereits gewohnten in Monatsraten von 12,50 M. zahlbaren Leistungszulage von je 150 M. eine nochmalige einmalige Leistungszulage von je 100 M. vom 1. Dezember 1921 ab bewilligt worden, die mit 50 M. im Monat Januar 1922 und mit je 25 M. im Monat Februar und März 1922 an die im Stadtgebiet Dresden wohnhaften Empfänger von Veterandenbeihilfe und zwar durch die zuständigen Räätlichen Kassenstellen gezahlt werden wird.

\* Silhouettentheater für kleine und große Kinder nennt Prof. Goller (von der Dresdner Kunstmalerbeschule) eine Neubearbeitung des Kasperle-Theaters, die einer breiteren Öffentlichkeit zum erstenmal am 2. Weihnachtstag in der Künsterhaus gezeigt worden ist. Prof. Goller hat hiermit den ewigalten Kampfmann auf seiner

Auf Blatt 503 des Handelsregisters für den Landbezirk Pirna ist heute die offene Handelsgesellschaft in Firma Simon & Sohne mit dem Sitz in Heidenau und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind der Fabrikant Richard Simon und der Kaufmann Johannes Sohne, beide in Dresden. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1920 begonnen.

Das Geschäftssitz ist befindet sich im Ortsteil Sommer, Lützowstraße 46. Als Geschäftszweig ist angegeben: Herstellung und Betrieb von Brillenartikeln. 8387 Amtsgericht Pirna, den 27. Dezember 1921.

Auf Blatt 494 des Handelsregisters für den Landbezirk Pirna, betr. die Gesellschaft in Firma Schulte & Weiß, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mügeln, jetzt Dresden, ist heute eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Einzahlung der Gesellschafter vom 15. Juli 1921 auf fünfhunderttausend M. erhöht worden. 8387 Amtsgericht Pirna, den 27. Dezember 1921.

Auf Blatt 12 des Handelsregisters für den Sitz des vom Gerichtsamt Görlitz, betr. die Firma Eisenhüttenwerke der Sachsischen Gußstahl-Werke Döhlen in Berggießhübel – Zweigstelle Döhlen, Eisenhüttenwerke der Sachsischen Gußstahl-Werke Döhlen, Aktiengesellschaft in Dresden – ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist in den §§ 21, 25, 27 durch Beschluss der Generalversammlung vom 19. November 1921 laut Notarztsprotokoll von diesem Tage abändert worden. 8388 Amtsgericht Pirna, den 27. Dez. 1921.

Auf Blatt 88 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Mengel & Co. in Radeburg betr. ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. 8388 Amtsgericht Radeburg, 23. Dezember 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters ist heute die Firma Bernhard Lieberwirth & Sohne in Thalheim und weiter eingetragen worden: Gesellschafter sind die Strumpfaffabrikanten a) Karl Bernhard Lieberwirth jun., b) Karl Bernhard Lieberwirth, c) Paul Bernhard Lieberwirth, d) Paul Eberhard Lieberwirth, e) Paul Oscar Grüner, sämtlich in Thalheim. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. An gegebener Geschäftszweig: Strumpfaffabrikation. 8382 Amtsgericht Zwönitz, 23. Dez. 1921.

Auf Blatt 123 des hiesigen Handelsregisters, die Tiefbohrungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Böhlitz-Ehrenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst ist und die Geschäftsführer – Gustav Adolf Döring und Bernhard Hanauer, beide in Böhlitz-Ehrenberg – sowie der Dr. phil. Walter Junge in Ranzig als Liquidatoren bestellt sind. 8381 Amtsgericht Böhlitz, den 22. Dec. 1921.

**Chemnitz.** Die zum Besten der Krieger-  
kassen veranlaßten Wohnungsbauförde-  
rungen, Sammlungen und geleisteten Überstunden  
haben 20564 M. eingebrochen.

**Hohenstein-Ernstthal.** Die Firma Schubert  
u. Salter hat dem Bau- und Sparverein Eigen-  
heim um 100 000 M. für Wohnungsbauten  
gespendet.

**Weissen.** Zu einer auf gemeinnütziger Grund-  
lage geschaffenen Wohnungsgenossenschaft haben  
sich die Weissen Industriellen zusammen-  
geschlossen, um den Kleinwohnungsbau zu  
fördern. Zurzeit sind bereits drei große Häuser mit  
insgesamt 21 Wohnungen im Rohbau fertig.  
Es sind dies die Anfänge von Häusergruppen,  
die im nächsten Jahr weitergeführt werden  
sollen. Das zugehörige Baugeland ist bereits schar-  
geholt, sobald nach Eintritt der warmen Jahres-  
zeit das großzügige Bauprojekt weiter gefördert  
werden kann. Man hofft dadurch zunächst all-  
mählich die Zwangseinquartierung zu beseitigen  
und später auch die Wohnungsnöt an sich zu  
mindern. Der Baumwollgenossenschaft gehört der  
größte Teil der Industriellen der Stadt an. Sie  
ist erst im August d. J. gegründet, nachdem ein  
Vereinigungskreis mit den Gewerkschaften, die  
später den Gedanken eines gemeinsamen Ver-  
einigungskreises angeregt hatten, gescheitert war.  
Die Industriellen gehen deshalb selbst mit Erfolg  
zu Bekämpfung der Wohnungsnöt durch die be-  
reits begonnene Bautätigkeit vor.

Der evangelische „Gustav-Adolf-Bote“ ent-  
nimmt katholischen Quellen folgende Angaben über  
die Zusammenfassung des katholischen Katholizismus:  
Das neue Bistum Meißen ist mit einer  
Seelenzahl von etwa 236 000 Katholiken ins Leben  
getreten. Das Bistum Görlitz zählt 225 000  
Katholiken, Fulda 213 000, Hildesheim 210 000,  
Eichstätt 187 500. Das Bistum Meißen zählt  
unter seinen Diözessanen nur 66 250 Einheimische,  
der Rest Fremde: 61 931 Reichsangehörige,  
105 407 Reichsaustralier (darunter viele Tschechen).  
Die Tschechen bilden den größten Teil der Fa-  
milien. Sie wurden 1912 neben 605 rein katho-  
lischen Chor 3078 gemischte Chor geschlossen, wo-  
von 335 (= 10 Prog.) katholisch getraut. Von  
6602 katholischen Kindern (1913) wurden 729 (= 11 Prog.)  
katholisch getraut. Ausgetrennt sind im Jahre 1919:  
2305 Personen, 1920: 4102 Personen (1,75 Prog.).

**Schandau.** Zwischen Tetschen-Bodenbach  
und Dresden besteht zurzeit kein nennenswerter  
Elbhafen. Dicem Riegel soll jetzt abgeschlossen  
werden durch den Bau des schon seit langem  
projektierten großen Elbhafens bei Schandau.  
Der einzige Schandauer Hafen, dessen Bau  
einige Jahre erfordert wird, soll eine Wasserschleuse  
von 40 000 tonnen ausweisen und für 100 Schiffe  
zu je 500 Tonnen Tragfähigkeit Raum gewähren. Der  
Hafen ist so gewählt, daß er dem Stadtbau  
Schandaus keinen Abbruch tut. Er liegt noch  
unterhalb des jetzigen Schandauer Hafens.

**Görlitz.** Die Weihnachtsausstellung für  
die Kranken der Heilanstalt Görlitz der Landes-  
versicherungsanstalt Sachsen ist auch dieses Jahr  
wieder stimmungsvoll verlaufen. Im Vorder-  
grund der Belebung standen die Darbietungen  
des unter der Leitung des Herrn Lechner Schrote  
(Görlitz) lebenden Chorgesangvereins „Lieder-  
hain“ in Görlitz. Mit den drei Sängern Wil-  
helm Höhne, Hermann (Sopran), Willy Grete  
Ullmer, Görlitz (Alt) und Herrn Curt Richter,  
Pirna (Tenor), hatte der Verein eine besonders  
glückliche Wahl getroffen. Außer den Künstlern,  
Beamten, Angestellten und Arbeitern der Heil-  
anstalt mit ihren Angehörigen nahm auch der  
Vorsitzende des Vorstandes der Landesversicherungs-  
anstalt Sachsen, Dr. Landtagspräsident Gräfendorf,  
an der Aufführung teil. Anschließend an die  
Aufführung wurde den Kranken in den einzelnen  
Häusern besucht.

## Dresdner Börse, 28. Dezember 1921.

### Deutsche Eisenpapiere.

1/7 * Deutsche Reichsbahn	5 100 00.	
R. * bezgl. bezgl.	5 100 00.	
R. * bezgl. bezgl.	4 87 25 00.	
R. * bezgl. bezgl.	4 77 25 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. 1916 IV-V	25 55 00.	
3/7 * bezgl. bezgl. VI-IX	4 71 25 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1912 1914 II	—	
1/7 Deutsche Eisenbahngarantie	4 75 00.	
Deutsche Eisenbahngarantie	85 00.	
R. * Bezgl. Bezgl. Wiss.	4 10/10* Deutsche Eisenbahngarantie	100 00.
4/10* Deutsche Eisenbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
1/7 * 2. Reichsbahngarantie 1915 II	5 90 50 00.	
4/10* bezgl. bezgl. 1917 III	5 90 50 00.	

